



Am 26. Mai grün wählen!



**ZUHAUSE
VIEL
VOR.**

Mit starken Grünen im Gemeinderat!

www.gruene-rheinstetten.de

KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2019

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN RHEINSTETTEN

03.04.2019

Inhalt:

1	Präambel	5
2	Die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten	5
2.1	Klimaschutz und Energiewende vorantreiben.....	5
2.2	Auf die Gebäude kommt es an	6
2.3	Artenreichtum und vielfältige Landschaft erhalten, Natur schützen	7
2.4	Vorausschauender Hochwasserschutz und lebendige Gewässer	9
2.5	Land- und Forstwirtschaft in Rheinstetten	9
2.6	Abfall vermeiden und wiederverwerten, Plastikmüll eindämmen	10
2.7	Tierschutz.....	11
3	Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken	11
3.1	Anlauf- und Kontaktstellen in allen Lebenslagen	11
3.2	Gemeinsam leben – mit und ohne Behinderung	12
3.3	Freiwilliges Engagement stärken und würdigen.....	12
3.4	Gutes und günstiges Wohnen ermöglichen.....	13
3.5	Attraktive Orte und Quartiere	13
3.6	Sicherheit im öffentlichen Raum	13
3.7	Versteckte Armut.....	14
3.8	Gute gesundheitliche und medizinische Versorgung	14
3.9	Im Alter so lange wie möglich selbständig	15
4	Verkehrswende in Rheinstetten	15
4.1	Mobilität für alle umweltverträglich gestalten.....	15
4.2	Radverkehr	16
4.3	Bus und Bahn machen mobil.....	16
4.4	Gut und sicher zu Fuß	17
4.5	Umweltfreundliche Mobilität fördern, Auto- und Lieferverkehr reduzieren und vermeiden	17
5	Vielfalt gemeinsam gestalten	18
5.1	Bürgerschaftlich Engagierte aktiv einbeziehen	18
5.2	Nachhaltigkeit und Agenda-Idee stärken.....	19
5.3	Jugendliche wirken mit.....	19
5.4	Gleiche Chancen für Frauen in Politik und Gesellschaft	19
5.5	Vielfältiges kulturelles Leben ermöglichen.....	20
5.6	Sport und Bewegung in der Kommune fördern	21

5.7	Integration aktiv gestalten	21
5.8	Entschlossen gegen Fremdenhass und menschenverachtende Hetze	22
5.9	Akzeptanz und gleiche Rechte auf allen Ebenen	22
5.10	Bekenntnis zu Europa und seinen Werten	23
5.11	Partnerkommunen in der einen Welt.....	23
6	Familienfreundliches und lebenswertes Rheinstetten - Gleiche Chancen für alle von Anfang an.....	23
6.1	Auf den Anfang kommt es an - Frühkindliche Entwicklung.....	24
6.2	Kindern Raum geben	24
6.3	Gestaltungsräume für Jugendliche.....	25
6.4	Bedarfsgerechte und anspruchsvolle Ferienbetreuungsangebote	25
6.5	Schulbildung, individuell und gut	25
6.6	Gemeinsam leben, gemeinsam lernen.....	27
6.7	Bildung für nachhaltige Entwicklung.....	27
6.8	Bildung unabhängig vom Alter.....	27
7	Zukunftsfähig Wirtschaften	27
7.1	Flächen schonen.....	28
7.2	Wirtschaftsförderung - welche Unternehmen wollen wir in Rheinstetten?	28
7.3	Bezahlbar und flächenschonend wohnen	29
7.4	Interkommunale Zusammenarbeit stärken.....	30
7.5	Landwirtschaft.....	30
7.6	Für eine digitale Zukunft.....	31
7.7	Die Stadt Rheinstetten – ein ökologisches Unternehmen	31
7.8	Die kommunale Daseinsvorsorge sichern	31
7.9	Gemeinwohl als Wirtschaftsfaktor begreifen.....	32
7.10	Kommunen als verantwortungsvolle Arbeitgeber	32
7.11	Kommunale Finanzen – zukunftsfest wirtschaften	33

1 PRÄAMBEL

Kommunalpolitik ist nah an den Menschen. Mit Kommunalpolitik wird gestaltet, wie wir leben und zusammenleben. Sie prägt unser Zuhause, unsere Umgebung und unseren Alltag. Sie entscheidet über kleine Details ebenso wie über große Fragen. Das ist ein wichtiger Grund, warum wir Rheinstetten mitgestalten wollen. Wir wollen dazu beitragen, dass bei heutigen Entscheidungen an morgen gedacht wird. Auch die nächsten Generationen sollen die Chance haben, in einer intakten Umwelt und in einem funktionierenden Gemeinwesen zu leben.

Grüne Kommunalpolitik verfolgt zentrale Grüne Ziele: Umweltschutz, sozialer Zusammenhalt, Bildungschancen für alle, nachhaltige Mobilität, ein vielfältiges kulturelles Angebot. Diese Themen sind uns wichtig, bei der Frage, wie in Rheinstetten die Weichen für die Zukunft gestellt werden: ob Bus und Bahn Vorfahrt bekommen, ob wir unsere Natur schützen und bewahren, ob wir Energie lokal und regenerativ erzeugen, ob Menschen mit Einschränkungen im Alltag auf Offenheit oder auf Barrieren treffen, ob wir unterschiedliche Startchancen bei Kindern ausgleichen. Es geht uns darum, dass Politik nicht in Hinterzimmern gemacht wird: Wir wollen Transparenz, und wir wollen Beteiligung stärken. Je wichtiger eine Entscheidung ist, desto wichtiger finden wir, dass wir die Menschen auf dem Weg dorthin mit geeigneten Methoden einbeziehen.

Wir machen uns dafür stark, dass Grüne Ideen und Werte in die Kommunalpolitik einfließen. Bitte geben Sie uns GRÜNEN und unseren Kandidat*innen mit Ihren Stimmen Rückenwind!

2 DIE NATÜRLICHEN LEBENSGRUNDLAGEN ERHALTEN

Rheinstetten ist eine grüne Gemeinde und verfügt über ökologisch wertvolle und artenreiche Lebensräume. In den letzten Jahren haben sich jedoch auch bei uns Anzeichen eines Klimawandels gezeigt, der schon auf mittlere Sicht zu massiven Schäden an unseren natürlichen Lebensgrundlagen führen kann. Für Grüne Politik heißt das: Wir müssen schnell und mit Weitsicht handeln!

2.1 Klimaschutz und Energiewende vorantreiben

Klimaschutz beginnt vor Ort. Auch die Kommunen müssen ihren Beitrag leisten und ihren Ausstoß an klimaschädlichen Treibhausgasen deutlich verringern. Wir GRÜNE in Rheinstetten setzen auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung. Rheinstetten soll dabei sämtliche Gestaltungs- und Umsetzungsinstrumente nutzen, die einer Kommune zur Verfügung stehen. Die Möglichkeiten, die die Digitalisierung in diesem Bereich bietet, wollen wir voll ausschöpfen. Im Flächennutzungsplan, in Bebauungsplänen und Bausatzungen sollen Kriterien für eine regenerative Energieversorgung festgelegt werden und auf diese Weise private Investitionen in die Erneuerbaren gefördert werden.

Stadteigene Gebäude müssen auf echten Ökostrom umgestellt werden. Wohn- und Gewerbegebiete sollen nach und nach über regenerative Energien versorgt werden. Die aus Karlsruhe bezogene Fernwärme wird zu ca. 30% aus Steinkohle gewonnen. Dies sehen wir sehr kritisch. Das Blockheizkraftwerk im Forchheimer Hallenbad wollen wir erhalten statt durch Fernwärme ersetzen. Die neugegründete Netzeigentumsgesellschaft wollen wir so entwickeln, dass sie den optimalen Rahmen für eine dezentrale Energieerzeugung bietet. Eine Möglichkeit dazu liegt beispielsweise in der Anwendung der Freiflächenöffnungsverordnung: sie geht über die Regeln des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (kurz: Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG) hinaus und ermöglicht, dass auch auf geeigneten Acker- und Grünlandflächen große Photovoltaik-Anlagen errichtet werden können. Wir sehen es als mittelfristiges Ziel, dass in Rheinstetten erzeugter Strom auch hier vermarktet, also an die Bürger*innen von Rheinstetten verkauft wird.

Die erfolgreiche Energieberatung durch die Energieagentur Karlsruhe wollen wir fortsetzen. Auch Menschen ohne entsprechende Fachkenntnisse müssen Zugang zum Wissen über die energetische Optimierung ihrer Gebäude und Fördermöglichkeiten bekommen. Besonders sinnvoll sind Projekte, die den Wert unserer energetischen Ressourcen begreifbar machen und zum Energiesparen anspornen. Ein weiteres Ziel ist die Gründung einer Bürger*innen-Energiegenossenschaft. Für die Koordination eines Rheinstettener Gesamtenergiekonzeptes und entsprechender Aktivitäten aus der Bürgerschaft soll die Stelle einer Energiemanagerin / eines Energiemanagers eingerichtet werden. Das Land Baden-Württemberg hat das Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes am 17.07.2013 beschlossen. Der CO₂-Ausstoß soll bis 2020 um mindestens 25 Prozent und bis 2050 um 90 Prozent sinken. Das geht nur mit den Bürger*innen sowie den Kommunen vor Ort, hier sind wir alle gefragt!

Neben der Vermeidung weiterer klimaschädlicher Gase müssen wir uns auf die bereits hervorgerufenen und nicht mehr vermeidbaren klimatischen Veränderungen einstellen. In vielen Handlungsfeldern wie Landwirtschaft, Wasserhaushalt und Gesundheit sind wirksame Maßnahmen mit Weitsicht gefragt. Um die eigenen Ziele auch nach außen zu präsentieren, soll Rheinstetten dem Klimaschutzpakt Baden-Württemberg beitreten. Im Klimaschutzpakt bekennen sich Kommunen zur Vorbildwirkung der öffentlichen Hand beim Klimaschutz und zu den Zielen des Klimaschutzgesetzes.

2.2 Auf die Gebäude kommt es an

Die energetische Sanierung und Modernisierung von Altbauten muss in den nächsten Jahren noch schneller vorankommen. Noch immer wird in privaten Haushalten knapp die Hälfte der Energie für Wärme verbraucht. Mehr als die Hälfte dieses Verbrauchs lässt sich einsparen, indem Energie effizienter eingesetzt wird. Zugleich wird Wohnen durch eine Sanierung komfortabler. Auch bei Neubauten müssen wir steuern. Die Möglichkeiten dazu haben wir: Wo Kommunen selbst bauen oder Bauland vergeben, soll energiesparendes Bauen Voraussetzung sein. Werden Bebauungspläne aufgestellt, müssen regenerative Energien noch stärker berücksichtigt werden. Wir stehen dafür, dass sich Rheinstetten weit über die gesetzlichen Vorgaben hinaus für den Klimaschutz

von Gebäuden engagiert. Die Erfahrungen mit der Passivhausbauweise im Kindergarten Sterntaler sollen bei weiteren Gebäuden Berücksichtigung finden. Dass kommunale Gebäude Photovoltaik und Solarthermie nutzen und Ökostrom beziehen, wollen wir in der kommunalen Energiepolitik zum Standard machen. Ziel für die Stadt Rheinstetten ist, dass alle Liegenschaften bis 2030 klimaneutral ausgebaut werden.

Mit moderner Technik kann Abwärme effizient und klimafreundlich zum Heizen von Gebäuden oder Wohnsiedlungen genutzt werden. Außerdem gilt es, energieeffiziente Wärmenetze auf kommunaler Ebene zu planen und umzusetzen. Ein aktuelles Förderprogramm des Landes bietet hierfür finanzielle Unterstützung. Auch der Einbau dezentraler Energiespeicher ist wichtiger Bestandteil der Energiewende und wird vom Land gefördert. Beim Bauen setzen wir nicht nur auf eine energetisch optimierte Bauweise, sondern auch auf umwelt- und klimafreundliche, nachhaltige Baustoffe, insbesondere auf Recyclingbeton und Holz. Insbesondere für die Sanierung von Bestandsgebäuden wollen wir wirksame Anreize schaffen. Schließlich ist ein großer Teil der Rheinstettener Gebäude älter als dreißig Jahre. Aufklärung in Energiefragen ist nach wie vor dringend erforderlich.

2.3 Artenreichtum und vielfältige Landschaft erhalten, Natur schützen

Auf Spaziergängen lässt sich die Schönheit der Kulturlandschaft rund um Rheinstetten erleben. Aber nicht jeder weiß, wie sehr sie sich verändert hat. Biotope wie Niedermoore, Streuwiesen und Trockenrasen mit ihrer spezifischen Flora und Fauna, die früher das Bild der Rheinniederung zusammen mit Äckern, Wiesen und Wäldern prägten, sind bis auf geringfügige Reste verschwunden, weil sich ihre Nutzung nicht mehr lohnte. Die Sandrasen der Hardt sind seltener geworden. Und immer noch gehen für Fauna und Flora wertvolle Biotope verloren, besonders durch den Flächenverbrauch für den Bau von Gebäuden und Verkehrswegen. Auch die Rationalisierung der Landwirtschaft ist hier zu nennen, die Biotope zu artenarmen Produktionsflächen werden lässt. Das in die Schlagzeilen geratene Insektensterben und der Rückgang vieler Vogelarten dürften zu nicht geringem Anteil der Landwirtschaft anzulasten sein. Andererseits darf nicht vergessen werden, dass es die landwirtschaftlichen Betriebe waren, die unsere Kulturlandschaft gestaltet haben und dies auch zukünftig tun werden. Nicht zuletzt sind es die Lebensansprüche von uns Menschen, die der Natur um uns herum schaden. Gärten können die Biotopverluste in der Feldflur nicht ersetzen, können aber, insekten- und vogelfreundlich gepflegt, vielen, auch gefährdeten Tier und Pflanzenarten Lebensraum bieten. Schützenswert sind auch die zu Rheinstetten gehörenden Wälder mit ihrer großen Artenvielfalt in der Rheinniederung und auf der Hardt. Lange Trockenperioden in der Vegetationszeit wie 2018 können den Waldbäumen so zusetzen, dass die Existenz von Wäldern auf dem Spiel steht.

Trotz der Verluste an Biotopen bietet Rheinstetten immer noch zahlreiche Lebensmöglichkeiten für Tier- und Pflanzenarten. Denn Rheinstetten ist seit vielen Jahren für die Natur und für ihre tierischen und pflanzlichen Bewohner aktiv; und darauf können wir stolz sein. Dass unsere Stadt auch in Zukunft ganz aktiv seine lebenden

Naturschätze fördert, dafür setzen wir GRÜNE uns ein. Wir möchten, dass Gewässer mit ihren naturgeprägten Ufern, Feucht-, Trocken- und Magerbiotop erhalten bleiben und, wenn nötig, vergrößert werden. Dies gilt ganz besonders für den Rhein und seine Auen, Lebensräume für Tiere und Pflanzen von internationaler Bedeutung. Die ökologisch wertvollen Streuobstwiesen wollen wir in Zusammenarbeit mit der Stadt und den Eigentümern erhalten und gepflegt sehen. Wir möchten, dass Rheinstettens Landwirte auf die Anwendung von insektenschädlichen Pestiziden wie Glyphosat und Neonicotinoide verzichten. Weiter treten wir dafür ein, dass insektenfreundliche Ackerstreifen angelegt, Ackerraine wieder verbreitert und Äcker nicht sofort nach der Ernte umgebrochen werden, um Säugetieren und Vögeln eine Zeitlang Nahrung zu verschaffen. In der Landwirtschaft genutzte Plastikmaterialien müssen fachgerecht entsorgt werden anstatt die Landschaft zu beeinträchtigen. Naturnahe Lebensräume für Tiere und Pflanzen in Siedlungsgebieten wollen wir erhalten und aufwerten. Wir setzen darauf, dass Grünflächen im Siedlungsbereich so gepflegt werden, dass sie nicht nur für das Auge, sondern auch für Nistplätze und Nahrung suchende Insekten ein attraktiver Anziehungspunkt sind.

Dass die komplexen Lebensansprüche empfindlicher Arten wie der gefährdeten Fledermausarten, der Wildkatze und der Haubenlerche in Rheinstetten verwirklicht sind, ist uns ein Anliegen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch Arten wie Kiebitz und Rebhuhn wieder in Rheinstetten heimisch werden. Wo wertvolle Biotop verlorengegangen sind, sollen neue entstehen. Auch Tiere, die nicht fliegen können, müssen für sie lebenswichtige Biotop erreichen können. Hierbei ist ganz besonders der Generalwildwegeplan zu berücksichtigen. Bei der Auswahl von Saat- und Pflanzgut sollen in den beiden Naturräumen Rheinniederung und Hardt dort seit langem ansässige, das heißt heimische und für Nahrung suchende Insekten attraktive Pflanzenarten, bevorzugt werden. Maßnahmen gegen Arten, die eingeschleppt wurden und für den Menschen, Flora oder Fauna schädlich sind, wie den Kalikokrebs, unterstützen wir. Uns ist sehr daran gelegen, dass der Wert der Umwelt- und Erholungsfunktion der Rheinstettener Wälder stärker herausgestellt wird statt überwiegend auf die ökonomischen Erträge zu schauen. Wir finden gut, dass in Rheinstetten wieder Wildkatzen leben, und freuen uns auf die Wiederkehr des Bibers. Das Töten von Kormoranen und Rabenvögeln, um ökonomische Einbußen zu verhindern, lehnen wir ab. Wir sind dafür, die Wälder in Rheinstetten nach den Standards von Forest Stewardship Council (FSC) zu bewirtschaften.

Teile der Rheinstettener Gemarkung sind Schutzgebiete nach Naturschutzrecht. Wir GRÜNEN wollen, dass diese Schutzgebiete ihren Wert für gefährdete Arten bewahren und halten es für wichtig, dass die Bedeutung dieser Schutzgebiete und ihrer Biotop für Tier- und Pflanzenarten stärker in das Bewusstsein der Bürger*innen gebracht wird. Dazu können und müssen die Naturschutz- und Forstbehörden, das Naturschutzzentrum Karlsruhe und die lokalen Naturschutzverbände beitragen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Natur- und Umweltschutz in der Kommunalpolitik einen besonderen Stellenwert erhalten, und freuen uns, dass der Gemeinderat 2010 die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ verabschiedet hat. Wir hoffen, dass der

in dieser Deklaration formulierte Vorsatz positiv in die Tat umgesetzt wird. Dazu soll regelmäßig in Rheinstetten ein kommunaler Umweltbericht erarbeitet und vorgelegt werden, der die kommunalen Aktivitäten beim Umwelt-, Klima- und Naturschutz aufzeigt und Verbesserungsvorschläge unterbreitet. Die Rheinstettener Naherholungsgebiete nicht nur zu erhalten, sondern auch weiter zu entwickeln, ist für uns GRÜNE ein Muss im Dienste aller Bürger*innen unserer Stadt. Wir GRÜNE treten für ein öffentlich einsehbares Ausgleichsflächenkataster ein, das es auch interessierten Bürger*innen ermöglicht, die jeweiligen "Ausgleichsmaßnahmen" für Eingriffe durch Baumaßnahmen in die Natur nachzuvollziehen.

2.4 Vorausschauender Hochwasserschutz und lebendige Gewässer

Klimawandel und andere Ursachen führen dazu, dass Starkregen- und Hochwasserereignisse zunehmen. Wir setzen uns für einen ganzheitlichen und möglichst ökologischen Hochwasserschutz ein. Wir GRÜNE stehen zu Rheinstettens Verantwortung im Hochwasserschutz. Den geplanten Rückhalteraum Bellenkopf-Rappenwört sehen wir als große Chance, Fehler der Vergangenheit zumindest teilweise wieder zu beheben. Durch die Rückgewinnung von Auenlandschaft als Überschwemmungsfläche kann eine Naturlandschaft mit Bedeutung für ganz Europa wiedergewonnen werden. Auch wenn es uns gemeinsam mit den Naturschutzverbänden nicht gelungen ist, die Dammrückverlegung als ökologisch beste Variante zu vermitteln, bietet dennoch auch die jetzt geplante Lösung noch Perspektiven für eine deutliche Aufwertung des Gebiets, das auch zukünftig für die Naherholung erhalten bleibt. Leider haben die planenden Behörden bisher nicht ausreichend verstanden, auf die Menschen zuzugehen und ihnen ihre Ängste zu nehmen. Dennoch stehen wir zu der aktuellen Planung, die auch die Interessen der Hausbesitzer*innen in Neuburgweier in ausreichendem Maße berücksichtigt. Gewässer sind Lebensadern der Natur und auch für unser Wohnumfeld wichtig. Gewässer in den Kommunen müssen in einen guten ökologischen Zustand versetzt werden.

Wir wollen saubere Gewässer und setzen uns für den Einbau der 4. Reinigungsstufe in kommunalen Kläranlagen ein. Eine gute Öffentlichkeitsarbeit trägt dazu bei, den Eintrag von Spurenstoffen, Mikroplastik und anderen Schadstoffen in unsere Gewässer zu verringern. An den Gewässern werden regelmäßig Gewässerschauen durchgeführt.

2.5 Land- und Forstwirtschaft in Rheinstetten

Äcker und Grünland sollen so bewirtschaftet werden, dass die biologische Vielfalt erhalten bleibt. Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere auf kommunalen Ackerflächen Feldlerchenfenster, Ackerrandstreifen und Blühflächen angelegt werden. Auch wollen wir Landwirt*innen dabei unterstützen, artenreiches Grünland zu erhalten. Zugleich wollen wir sicherstellen, dass wir mit regionalen, gentechnikfreien und gesunden Lebensmitteln versorgt werden können. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir mit Landwirt*innen gut und partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Rheinstetten hat während der letzten Jahre durch die fortgesetzte Umwandlung in Gewerbe- und Wohngebiete auch Teile seiner landwirtschaftlichen Flächen verloren. Gleichzeitig ist aber auch massiver Grünlandumbruch (Umwandlung von Wiesen in Ackerfläche) durch die Landwirte zu beobachten. Dies sehen wir mit großer Sorge, da hier wertvolle Kulturlandschaft zu Mais-Monokulturen umgewandelt wird, mit gravierenden Folgen für das Ökosystem und letztendlich auch für die Landwirtschaft, da die zur Bestäubung der Nutzpflanzen notwendigen Insekten nicht mehr genügend Nahrung finden und die notwendige Artenvielfalt drastisch abnimmt. Wir möchten hier auf die Landwirte einwirken, diese Entwicklung zu stoppen und rückgängig zu machen, damit Landwirtschaft wirklich als Pfleger der Kulturlandschaft wahrgenommen werden kann. Die Stadt als Verpächter von landwirtschaftlichen Flächen fordern wir auf, zu prüfen, ob einzelne Flächen nicht aus der Nutzung genommen werden können, um die Biodiversität auf unserer Gemarkung zu stärken und wieder zu erweitern. Auch für den Rückhalteraum Bellenkopf-Rappenwört wird die Gemeinde landwirtschaftliche Nutzflächen opfern müssen. Obwohl auch höher gelegene Flächen im Rückhalteraum weiter extensiv landwirtschaftlich genutzt werden können, verstehen wir die Sorgen der Bauern im Zusammenhang mit dem Polder und fordern einen fairen Ausgleich. Gleichzeitig fordern wir aber auch einen verantwortungsvollen Umgang mit den bereitgestellten Flächen und keine Erweiterung der Flächen durch Grünlandumbruch.

Angesichts der knapper werdenden landwirtschaftlichen Flächen wird der schonende Umgang mit den Restflächen umso wichtiger. Eine nachhaltige Belastung der Böden muss verhindert werden. Auch die zunehmenden Monokulturen auf unseren Feldern sind Anlass zu Sorge. Wir wollen zurück zum Fruchtfolgewechsel, um die Biodiversität in der Landwirtschaft zu erhöhen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass zumindest auf den von der Gemeinde verpachteten Flächen zukünftig kein alleiniger Maisanbau mehr stattfindet. Wir appellieren an die lokalen Landwirte, stärker ökologischen Landbau zu betreiben und sich stärker in der Vermarktung ihrer Bioprodukte zu engagieren. Hier hoffen wir zur Unterstützung auch auf verbesserte Rahmenbedingungen durch das Land und die EU.

Wir freuen uns, dass Rheinstetten aufgrund unserer Initiative Mitglied des Aktionsbündnisses „Gentechnikfreie Region Mittlerer Oberrhein“ ist. Wir treten dafür ein, dass auch künftig keine gentechnisch veränderten Pflanzen in Rheinstetten angebaut werden. Überregional werden wir uns dafür einsetzen, dass auch in Zukunft eine Versorgung der landwirtschaftlichen Betriebe mit gentechnikfreien Futtermitteln gewährleistet wird.

2.6 Abfall vermeiden und wiederverwerten, Plastikmüll eindämmen

Die Verschwendung von Rohstoffen wollen wir durch ökologische Kreislaufwirtschaft eindämmen: Dabei ist auch die kommunale Abfallwirtschaft gefragt. Mit konkreten Konzepten für Müllvermeidung und Wiederverwertung sowie einer guten Öffentlichkeitsarbeit, kann das Müllaufkommen reduziert sowie Sortierqualität und Wiederverwertbarkeit verbessert werden. Zusammen mit der Gastronomie und mit dem Einzelhandel wollen wir die Müll-Flut aus Pappbechern und Einwegverpackungen

eindämmen. Bioabfälle müssen separat gesammelt und zur Energiegewinnung genutzt werden. Außerdem wollen wir die Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm schnell voranzubringen.

Vermeidung von Abfall ist besser als jedes Müllkonzept! Wir GRÜNE sind der Ansicht, dass die Aufklärung über richtige Mülltrennung und Abfallvermeidung schon im Kindesalter anfangen sollte. Denn der beste Abfall ist der, der gar nicht erst entsteht. Vorstellbar sind Projektstage und kindgerechte Infobroschüren. Der Wertstoffhof Rheinstetten hat seit seiner Einführung an großer Beliebtheit gewonnen, was die zahlreichen Privatanlieferungen zu den Hauptschnittzeiten zeigen. Leider ist gleichzeitig auch eine starke Zunahme des Verkehrsaufkommens zum Wertstoffhof zu beobachten. Der Weg dorthin führt mitten durch das Landschaftsschutzgebiet „Rheinniederung zwischen Insel Aubügel und Neuburgweier“. Wir GRÜNE lehnen daher einen weiteren Ausbau der Zufahrtsstraße - auch im Zusammenhang mit dem geplanten Polder - ab. Um dem entgegenzutreten, werden wir uns für die Wiedereinführung eines Abholservice einsetzen. Mit diesem Service wenden wir uns auch an die Bürger*innen, die nicht über ein geeignetes Transportmittel verfügen, um den Wertstoffhof aufsuchen zu können. Gemeinsam mit den GRÜNEN im Landkreis werden wir uns zu Gunsten von Umweltverträglichkeit und Bürgerfreundlichkeit bei der Abfallentsorgung einsetzen.

2.7 Tierschutz

Das Verständnis für einen respektvollen Umgang mit Tieren entsteht vor allem in der unmittelbaren Umgebung der Menschen. Wir setzen uns für die artgerechte Haltung von Tieren ein. Die Stadt Rheinstetten unterhält kein eigenes Tierheim. Diese Aufgaben übernehmen die Tierheime in Karlsruhe-Daxlanden und Ettlingen. Wir setzen uns für faire Verträge mit diesen Tierheimen ein, die auch unsere Fundtiere beherbergen und fordern die Aufnahme von Tierschutzaspekten in Pachtverträgen mit Zirkusunternehmen und Schaustellern. Aus einem kommunalen Tierschutz-Notfallfonds können unbürokratisch Tierarztkosten bezahlt werden, wenn Menschen in prekären Lebenssituationen nicht mehr für die tiermedizinische Versorgung ihrer Tiere aufkommen können.

3 DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN

3.1 Anlauf- und Kontaktstellen in allen Lebenslagen

Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, brauchen Rat und Hilfe. Ob bei Krankheit, bei Behinderung, in Lebenskrisen, in finanziellen Notlagen oder im Alter: Die Unterstützung muss so dezentral wie möglich angeboten werden. Und sie muss so weit wie möglich zusammen mit den Betroffenen entwickelt werden. Es gilt, niedrigschwellige Angebote zu schaffen, bei denen Hilfesuchende möglichst individuelle Beratung und Hilfen erhalten. Bei der Entwicklung ergänzender Angebote wollen wir die Betroffenen so weit wie möglich einbinden und deren konkrete Bedürfnisse beachten. Viele gemeinnützige Organisationen sind im sozialen Bereich

tätig. Sie übernehmen wichtige gesellschaftliche Aufgaben und sind auf eine verlässliche kommunale Förderung angewiesen. Tragfähige soziale Netze kommen nicht ohne Beteiligung und Einbindung freiwillig engagierter Menschen aus, die in Initiativen, Selbsthilfegruppen, Vereinen und Projekten wertvolle Arbeit leisten. Die Stadt Rheinstetten muss dieses bürgerschaftliche Engagement in seiner Vielfalt gezielt fördern und würdigen.

3.2 Gemeinsam leben – mit und ohne Behinderung

Menschen mit Behinderungen sollen ein möglichst selbstbestimmtes Leben mitten in der Gesellschaft führen können. Die Rechte, die sich aus der UN-Behindertenrechtskonvention ableiten, wollen wir umsetzen, das neue Bundesteilhabegesetz nimmt dabei auch die kommunale Ebene in die Pflicht. Damit individuelle Lebenswege möglich werden, braucht es für Wohnen und Freizeit weniger stationäre und dafür mehr ambulante Angebote. Außerdem müssen wir mehr Zugänge zum allgemeinen Arbeitsmarkt schaffen. Das erreichen wir durch gezielte Qualifikation oder indem wir mit der örtlichen Wirtschaft kooperieren. Kommunen sollen bei Ausschreibungen die Möglichkeit nutzen, Inklusion als Vergabe-Kriterium zu definieren und damit voranzubringen.

Wenn Familien und Kinder dies wünschen, müssen Kinder mit Behinderungen die Möglichkeit haben, in einen allgemeinen Kindergarten und in die allgemeine Schule zu gehen, mit der dafür notwendigen Assistenz. Dieses Recht wollen wir schrittweise umsetzen. Wir begrüßen es, dass die Hagsfelder Werkstätten bald in Rheinstetten Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen anbieten werden. Wir plädieren darüber hinaus für mehr echte Inklusion und Förderung von Arbeitsplätzen auf dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt. Barrieren im öffentlichen Raum und in öffentlichen Gebäuden müssen abgebaut werden.

Ziel von uns GRÜNEN ist es, alle Orte des öffentlichen Lebens für alle Mitbürger*innen zugänglich zu machen. Handlungsbedarf besteht in der Stadtbibliothek, in den Rathäusern und am Bahnhof Silberstreifen. Auch die Anzahl der barrierefreien Haltestellen von Bus und S-Bahnen in Rheinstetten muss ausgebaut werden. Wir begrüßen die Einrichtung des Beirates für Menschen mit Behinderung und fordern langfristig die Einsetzung eines/einer hauptamtlichen Behindertenbeauftragten. Wir werden uns außerdem für ein breites Angebot der städtischen Veröffentlichungen in Leichter Sprache einsetzen, darunter fallen der Internet-Auftritt der Stadt Rheinstetten, Broschüren und andere Printprodukte sowie Formulare und Merkblätter.

3.3 Freiwilliges Engagement stärken und würdigen

Ohne Ehrenamtliche sind viele wesentliche Aufgaben in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben kaum noch zu bewältigen, beispielsweise in der Kinder- und Jugendarbeit, bei der Betreuung älterer Menschen und der Unterstützung von Geflüchteten. Ehrenamtliche leisten in Initiativen, Selbsthilfegruppen, Vereinen und Projekten wertvolle Arbeit. Um dieses Engagement dauerhaft aufrecht zu erhalten, ist es

wichtig, dass auch neue Formen der Kooperation unter allen Beteiligten erprobt und umgesetzt werden. Die Gemeinde muss bürgerschaftliches Engagement in seiner Vielfalt gezielt fördern, stärken, würdigen und professionell begleiten. Ehrenamt darf nicht aus Spargründen zur Abwertung bezahlter Fachkräfte führen und zum Lückenfüller für wichtige kommunale Aufgaben werden.

3.4 Gutes und günstiges Wohnen ermöglichen

Die kommunale Wohnungspolitik in allen Gemeinden im Land hat dieselbe Aufgabe: Sie soll Wohnraum für Menschen jeden Einkommens, für jede Altersgruppe und für jede Form des Zusammen- oder des Alleinlebens zur Verfügung stellen. Sie muss neben seniorengerechten und barrierefreien Wohnungen auch familiengerechte, größere und kleinere preiswerte Wohnungen möglichst in allen Stadtteilen bieten. Die Zahl der geförderten Wohnungen ist auch in Baden-Württemberg über die letzten Jahre stark gesunken. Parallel dazu stiegen die Mietpreise enorm. Für viele Menschen wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Städte und Gemeinden müssen hier gegensteuern. Es gilt, von allen Möglichkeiten Gebrauch zu machen: So sollte beim Ausweisen neuer Flächen und bei städtebaulichen Verträgen im Innenbereich wo möglich ein beträchtlicher Anteil für den geförderten Wohnungsbau reserviert werden. Damit Kommunen auch selbst in den geförderten Mietwohnungsbau investieren können, steht ihnen das Förderprogramm des Landes offen. Indem eine Kommune Grundstücke an Baugemeinschaften, Genossenschaften und andere Formen des gemeinschaftlichen Wohnens vergibt, macht sie preiswertes Bauen möglich. Ein wirksames Instrument, um knappen Wohnraum zu erhalten, ist die Zweckentfremdungssatzung. Sie verhindert, dass Wohnraum dem Wohnungsmarkt entzogen wird.

3.5 Attraktive Orte und Quartiere

Dörfer, Gemeinden und Städte sind lebenswert und attraktiv, wenn es dort eine gute Mischung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit gibt. Zu einer optimalen Grundversorgung gehören auch per Fuß und Rad gut erreichbare Einkaufsmöglichkeiten, eine attraktive Gastronomie, öffentliche Einrichtungen, Dienstleistungen und Begegnungsmöglichkeiten. Wichtig ist es, beim Planen, Bauen oder Sanieren im Blick zu haben, was es für lebendige Quartiere mit guter sozialer Mischung braucht. Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlichster Herkunft, mit und ohne Behinderung sollen miteinander leben und sich gegenseitig unterstützen. Hierauf müssen Quartiere zugeschnitten werden. Eine Rolle spielen können Mehrgenerationenhäuser, niederschwellige Beratungsangebote, Nachbarschaftszentren, barrierefreier Wohnraum, Kindertagesstätten und die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel.

3.6 Sicherheit im öffentlichen Raum

Sicherheit im öffentlichen Raum ist unverzichtbar für ein lebenswertes Wohnumfeld. Die statistisch belegte erfreulich gute Sicherheitssituation in Rheinstetten wollen wir

aufrechterhalten. Zum Begriff Sicherheit gehört dabei mehr als der Schutz vor Kriminalität. Es geht auch darum, dass sich die Bevölkerung subjektiv sicher fühlt. Orte, die als Angsträume wahrgenommen werden, können attraktiver und damit sicherer werden, wenn man sie umgestaltet, besser beleuchtet und hässliche oder vermüllte Bereiche beseitigt.

An einem sicheren und lebenswerten Umfeld sind viele Akteure in der Kommune beteiligt. Neben der Polizei sind dies die für Kriminalitätsprävention zuständige Sozialarbeit, die Bau- und Planungsämter, die kommunalen Servicebetriebe und nicht zuletzt die Bevölkerung, wenn sie sorgsam mit dem öffentlichen Raum umgeht. Frauen und Kinder, die im häuslichen Bereich Opfer von Gewalt und sexuellen Übergriffen werden, brauchen leicht zugängliche Anlaufstellen, wo sie Rat und Unterstützung finden.

3.7 Versteckte Armut

Immer mehr Haushalte haben in den letzten Jahren mit niedrigen Einkommen und finanziellen Sorgen zu kämpfen. Die Anzahl armer Kinder und auch die Altersarmut nehmen zu. Dies grundlegend zu ändern und zu verbessern, liegt in der Zuständigkeit des Bundes. Aber auch Kommunen sollen einen Beitrag leisten, damit Menschen mit geringem Einkommen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die Einführung des Karlsruher Passes in Rheinstetten bewerten wir positiv. Die darin noch nicht enthaltene Unterstützung der Mobilität möchten wir nachbessern - denn nur wer die Angebote erreichen kann, kann sie auch nutzen.

3.8 Gute gesundheitliche und medizinische Versorgung

Unser Ziel ist eine gesundheitliche und medizinische Versorgung, die flächendeckend, bedarfsgerecht und qualitativ hochwertig ist. Wir wollen regionale Gesundheitskonferenzen, damit sich die Beteiligten vor Ort besser vernetzen: die ambulante und stationäre Versorgung, Pflegedienste, Heilberufe und Verantwortungsträger. Die Gesundheitsämter sollen beim Planen und Organisieren der Gesundheitskonferenzen eng eingebunden sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass es eine verbindliche regionale Krankenhausplanung sowie qualitative Vorgaben durch das Land gibt. So können wir die Gesundheitsversorgung in der Fläche gewährleisten und zugleich sicherstellen, dass Gelder so sinnvoll wie möglich eingesetzt werden.

Wir wollen die Teilhabe psychisch kranker Menschen an der Gesellschaft fördern und ihnen eine selbständige Lebensführung ermöglichen. Dafür müssen wir die sozialpsychiatrischen Dienste stärken, die psychisch kranke Menschen begleiten und helfen, Klinikaufenthalte zu vermeiden. Des Weiteren setzen wir uns für die Wiedereinrichtung einer Notfallhilfe für Rheinstetten ein, um die Zeit bis zum Eintreffen von professionellen Rettern bei lebensbedrohlichen Notlagen zu minimieren. Die Stadt Rheinstetten soll hier die lokalen Vereine und Organisationen der Hilfsdienste

unterstützen, um ein solches System der schnellen ersten und zweiten Hilfe zu etablieren.

Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, an möglichst vielen öffentlichen Orten Defibrillatoren zu installieren, um dem schlimmsten Fall möglichst vorzubeugen. Geeignete Projekte zur Förderung der Erste-Hilfe-Fähigkeit und -Bereitschaft möchten wir initiieren, hierfür eignen sich zum Beispiel Schulen oder Vereine. Mit kommunaler Suchtprävention wollen wir auf die Gefahren der Abhängigkeit bei Genussmitteln, Medikamenten und bei der Mediennutzung hinweisen.

3.9 Im Alter so lange wie möglich selbständig

Leben und aktiv sein im Alter – das soll mitten in der Gesellschaft möglich sein. In unterschiedlichen Wohnformen können Menschen mit Unterstützungsbedarf eigenständig leben, beispielsweise in ambulant betreuten Wohngruppen oder Mehrgenerationenhäusern. Mit Hilfe von Quartiersarbeit (Nachbarschaftshilfen und Beratungsdienste) wird es älteren Menschen möglich, in ihrer vertrauten Wohnung und Umgebung wohnen zu bleiben, wie es sich viele wünschen. Für Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, muss es gute Heimplätze geben, alternativ auch Wohngemeinschaften speziell für Menschen mit Pflegebedarf. Da die meisten pflegebedürftigen Menschen zu Hause betreut werden, ist zudem ein dichtes Netz von Pflegestützpunkten wichtig, die beraten und ambulante Angebote vermitteln. Der Bau eines Mehrgenerationen-Spielplatzes eröffnet großes Potential für das aktive Zusammenleben der Generationen und zur Bekämpfung von Vereinsamung im Alter.

4 VERKEHRSWENDE IN RHEINSTETTEN

4.1 Mobilität für alle umweltverträglich gestalten

Wir GRÜNE wollen allen Menschen nachhaltige Mobilität ermöglichen, unabhängig von finanzieller Lage, Alter und möglichen Einschränkungen. Grüne Mobilität orientiert sich vor allem an den Zielen des Klimaschutzes, denn in Baden-Württemberg verursachen PKW und LKW immer noch ein Drittel des CO₂-Ausstoßes. Wir GRÜNE setzen uns daher für ein gut ausgebautes Radwegenetz und für attraktiven, barrierefreien und flächendeckenden öffentlichen Nahverkehr ein, der verschiedene Verkehrsformen intelligent miteinander verknüpft. Wir denken Verkehrspolitik und Stadtplanung in Verkehrskonzepten zusammen, um sichere und kurze Wege zu ermöglichen. Für immer mehr Menschen wird es einfacher und attraktiver, ohne eigenes Auto mobil zu sein. Unsere Luft wird dadurch sauberer und gesünder, die Lärmbelastungen gehen wohltuend zurück, und wir gewinnen öffentlichen Raum für die Menschen. Die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Dörfern steigt.

4.2 Radverkehr

Auf kurzen Strecken ist das Fahrrad oft das am besten geeignete Verkehrsmittel. Um den Radverkehr zu stärken, hat die Kommunalpolitik zahlreiche Möglichkeiten. Dazu gehören ausreichend breite Radwege, die keine Konflikte mit anderen Verkehrsteilnehmer*innen provozieren, sowie Schutzstreifen auf den Fahrbahnen. Hier besteht insbesondere in der Rappenwörthstraße eine für radelnde und zu Fuß gehende Menschen inakzeptable Situation. Ergänzend sind auf zentralen Straßen ohne Radweg weitere Piktogramme hilfreich, um auf die in der Straßenverkehrsordnung vorgesehene gemeinsame Straßennutzung hinzuweisen. Jetzt gilt es, das Rheinstettener Radwegekonzept mutig weiterzuentwickeln und umzusetzen. Dabei bleiben wir bei unserer Forderung zur Einführung weiterer Fahrradstraßen in Rheinstetten, zum Beispiel in der Jakobstraße. Auch an den Ortseingängen von Neuburgweier und Forchheim besteht dringender Handlungsbedarf.

Zur fahrradfreundlichen Infrastruktur zählen außerdem eine gute Ausschilderung von Radrouten und ausreichend sichere Fahrrad-Abstellanlagen. Wir begrüßen das neue Verleihsystem für Lastenräder, für Einkäufe oder Ausflüge mit Kindern sowie eine Mitnahme-Lösung für Fahrräder in den Bussen. Für kommunale Bedienstete wollen wir die rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Dienstfahrräder fördern zu lassen, und wir wollen auch örtliche Unternehmen dafür gewinnen. Wir empfanden die erstmalige Beteiligung unserer Gemeinde am Stadtradeln als positives Beispiel einer erfolgreichen Kampagne umweltfreundlicher Mobilität. Wir GRÜNE freuen uns über die Zusage der Verwaltung zur Fortsetzung dieser Aktion und werden uns erneut daran beteiligen.

Die Nutzung von E-Bikes kann den Aktionsradius gegenüber dem Fahrrad noch erweitern. Hier können auch Leasingangebote für Arbeitgeber attraktiv sein. Die Stadtverwaltung kann hier beratend oder sogar fördernd zur Seite stehen.

4.3 Bus und Bahn machen mobil

Öffentliche Verkehrsmittel sollen eine verlässliche Alternative zum Auto darstellen, in Ballungsräumen ebenso wie in ländlichen Regionen. Deswegen wollen wir die gute ÖPNV-Situation in Rheinstetten erhalten und noch weiter verbessern. Eine Ausdünnung des Takts der S2 und eine Reduzierung der Haltestellendichte akzeptieren wir nicht. Die Buslinie 106 soll zu Stoßzeiten wieder die Haltestelle Hauptstraße mit anfahren, statt Forchheim „rechts“ oder „links“ liegen zu lassen. Auch die Verbindung nach Neuburgweier muss bedarfsgerecht und besser vernetzt sein. Wir setzen uns für einen ÖPNV ein, der für alle Bevölkerungsgruppen bezahlbar ist. Dazu können beispielsweise ein Ein-Zonen-Ticket, ein entfernungsabhängiges Ticket und der Karlsruher Pass mit Mobilitätskomponente beitragen.

Haltestellen und Fahrzeuge sollen möglichst barrierefrei sein und den Fahrgästen zudem Informationen in Echtzeit bieten. Auch der Bahnhof Silberstreifen muss wieder barrierefrei gestaltet werden. Wir wollen prüfen, ob Anrufsammeltaxis, Ruf- und Bürgerbusse und in Zukunft auch autonom fahrende öffentliche Verkehrsmittel auf

Bestellung das Angebot in Tagesrandlagen ergänzen können. Sie zu nutzen, ist mit den digitalen Möglichkeiten von heute einfach und nutzungsfreundlich möglich. Wir machen uns dafür stark, dass die Kommunen und ihre Eigenbetriebe und Gesellschaften ein Jobticket für ihre Mitarbeiter*innen anbieten.

Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass die Anbindung für Schüler*innen vom Silberstreifen zu unserem Schulzentrum gut getaktet ist. Die Vernetzung von öffentlichem Nahverkehr und Fahrradfahren soll in Rheinstetten attraktiv gestaltet und gefördert werden. Wir begrüßen das dieses Jahr geplante Aufstellen weiterer zeitgemäßer Fahrradständer. Diese müssen auch - wo möglich überdacht - in ausreichendem Maß an Haltestellen zur Verfügung stehen.

4.4 Gut und sicher zu Fuß

Öffentlicher Verkehrsraum gehört den Menschen, nicht den Autos. Wir wollen Verkehrsflächen so umgestalten, dass sie für alle, für Jung und Alt, sicher nutzbar sind. Das Zu-Fuß-Gehen wollen wir durch ausreichend breite und attraktive Gehweg-Verbindungen fördern. Dass Geh- und Radwege zugesperrt werden, dulden wir nicht.

Wir Grüne begrüßen die geplante durchgängige Tempo-30-Lösung in Rheinstetten. Ergänzend machen wir uns, wo sinnvoll, für Spielstraßen und verkehrsberuhigte Zonen stark. Entsprechende Initiativen der Anwohner*innen begrüßen wir. Wir schöpfen die rechtlichen Möglichkeiten für die Verringerung von Geschwindigkeiten aus, wo dies zum Schutz vor Gefahren und Lärm sinnvoll ist. Dazu gehören sowohl Mittel der Verkehrsüberwachung wie auch Fahrwegverengung, zum Beispiel durch Bepflanzung.

Vor allem Kinder sollen besonders geschützt werden, für sie muss ein sicherer Schulweg zu Fuß Priorität haben. Vor Schulen und Kindergärten ist die Verkehrssituation morgens und mittags kritisch. Wir setzen uns dafür ein, dass die verkehrsberuhigten Bereiche vor den Schulen ausgebaut werden. Anreizmechanismen können helfen, auf dem Weg zur Schule oder zur Arbeit auf das bequeme Auto zu verzichten.

4.5 Umweltfreundliche Mobilität fördern, Auto- und Lieferverkehr reduzieren und vermeiden

Wir fördern die Stadt der kurzen Wege, in der sich tägliche Besorgungen mit dem Fahrrad oder zu Fuß erledigen lassen. So können immer mehr Menschen auf ein Auto oder zumindest auf einen Zweitwagen verzichten. Car-Sharing gewährleistet Mobilität zu günstigen Preisen und ist eine sinnvolle Ergänzung zu öffentlichem Nahverkehr. Die Autos an den fünf Stadtmobil-Standorten in Mörsch und Forchheim werden gut nachgefragt. Nun ist zu prüfen, ob weitere Standorte in Neuburgweier oder im Silberstreifen in Betracht kommen. Sinnvoll ist es auch, die Auslastung des einzelnen Autos zu erhöhen. Dies können wir mit Apps und Mitfahrbörsen erreichen, beispielsweise für Pendler nach Karlsruhe. In neuen Wohngebieten setzen wir auf eine reduzierte Anzahl von Stellplätzen, auf flexibel umbaubare Quartiers-Garagen sowie zusätzliche Car-Sharing-Angebote.

Nicht überall kann man heute schon aufs Auto verzichten, für bestimmte Anlässe wird das Auto noch benötigt. Umso wichtiger ist es uns, E-Fahrzeuge zu etablieren. Dafür wollen wir eine Lade-Infrastruktur einführen. Ein Parkraummanagement kann Anreize schaffen, dass immer mehr Menschen auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel umsteigen. Besonders grenzwertig ist die Verkehrsbelastung am Eppelsee während der Sommermonate. Dem Wildparken auf den Feldern um den See und in Forchheim muss Einhalt geboten werden.

Viel Lärm macht krank und senkt die Lebensqualität. Das Gleiche gilt für Feinstaub und Abgase. Dort, wo Menschen starkem Verkehrslärm oder einer hohen Feinstaub- und Abgasbelastung ausgesetzt sind, muss die Gemeinde aktiv werden und den Straßenverkehr verlangsamen und verringern. Was in Lärmaktionsplänen steht, ist das Minimum dessen, was wir konsequent umsetzen wollen.

5 VIELFALT GEMEINSAM GESTALTEN

5.1 Bürgerschaftlich Engagierte aktiv einbeziehen

Was hilft gegen Politikverdrossenheit? Die Bürger*innen in die politischen Entscheidungen einzubeziehen. Ein solcher Prozess liefert zugleich auch wichtige Grundlagen für Entscheidungen in Rat und Verwaltung. Damit der positive gesellschaftliche Effekt erhalten bleibt, ist es bei allen Formen der Mitwirkung wichtig, von Anfang an klare Verabredungen darüber zu treffen, wie die Ergebnisse der Beteiligung später in die Entscheidungen einfließen.

Wir GRÜNEN wollen, dass Bürger*innen frühzeitig informiert und zu wichtigen Planungen gehört werden. Damit das funktioniert, müssen Ort und Termine, ebenso wie der gesamte Zeitaufwand mit dem Ziel gewählt werden, möglichst viele Menschen zu erreichen. Durch Stadtteil- oder Quartierskonferenzen soll der Dialog zwischen Verwaltung, Politik und den Menschen intensiviert werden. Dabei sollte gleich zu Beginn möglichst klar umrissen werden, bei welchen konkreten Themen die Menschen in Rheinstetten beratend oder entscheidend mitwirken können und was mit den Ergebnissen geplant ist. Vorberatungen in Ausschüssen müssen verstärkt öffentlich stattfinden. Dies fördert Transparenz und Akzeptanz von Entscheidungen. Die Verwaltung soll stärker von der Möglichkeit Gebrauch machen, fachkundige Bürger*innen in den Ausschussvorberatungen mit einzubeziehen und ihnen ein Rederecht gewähren.

Auch in der freiwilligen Feuerwehr, im Katastrophenschutz, bei den Rettungskräften, im sozialen Bereich und bei der Integration von Geflüchteten leisten Ehrenamtliche wichtige Arbeit. Diese Engagierten zu fördern und wertzuschätzen, sehen wir als unsere Aufgabe und Verpflichtung. Weil sie aktiv mitarbeiten, sammeln sie Wissen und Erfahrungen, die bei politischen Entscheidungen wertvoll sind. Auch sie müssen in die Entscheidungsfindung von Rat und Verwaltung frühzeitig einbezogen werden.

Wir wollen, dass die Möglichkeiten des Internets stärker genutzt werden, zum Beispiel über Live-Streams von Gemeinderatssitzungen oder Veranstaltungen. Im Internet sind auch verschiedene Formate von Beteiligung denkbar. Wir sehen große Chancen, über das Internet mehr politische Mitwirkung zu ermöglichen. Uns ist es wichtig, dass auch Menschen mit Zuwanderungsgeschichte oder Migrationshintergrund durch Beteiligungsangebote erreicht werden. Bei Informationen, die die Verwaltung kommuniziert, soll leicht verständliche Sprache verwendet werden, die alle Geschlechter mit anspricht.

5.2 Nachhaltigkeit und Agenda-Idee stärken

Die Umgestaltung von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips ist auch auf kommunaler Ebene eine wichtige Zukunftsaufgabe. Von großer Bedeutung ist dabei die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements über den Agendarat. Leider finden sich in den Rheinstettener Agenda-Gruppen immer weniger Ehrenamtliche. Dieser Entwicklung wollen wir aktiv entgegenreten und die Agenda-Idee mit ihrem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung unserer Gemeinde stärken. Die Agenda-Gruppen benötigen vor allem Unterstützung bei der Gewinnung neuer Mitglieder.

5.3 Jugendliche wirken mit

Auf Initiative der Grünen sind Kommunen verpflichtet, Jugendliche an politischen Entscheidungen, die sie betreffen, zu beteiligen. Dies wollen wir in Rheinstetten weiter engagiert und kreativ umsetzen - so, wie es zur jeweiligen Situation passt. Jugendinitiativen und Jugendgemeinderäte sind wichtige Gremien und Gruppen, in denen sich Jugendliche am kommunalen Leben beteiligen und ihre Sichtweise in die Politik einbringen. Wir wollen, dass ihre Anliegen ernst genommen werden. Jugendgemeinderäte haben deshalb Rede- und Antragsrecht für den Gemeinderat, damit ihre Anliegen auch wirkungsvoll umgesetzt werden können. Jugendkonferenzen zu konkreten Projekten können Jugendliche auch ohne dauerhaftes und zeitaufwendiges Engagement einbinden. Das halten wir für eine wertvolle Ergänzung. Ein wichtiger Bereich, in dem Jugendliche aktiv werden können, sind die Jugendangebote der Vereine und Gruppen sowie selbst organisierte Jugend-Treffs.

5.4 Gleiche Chancen für Frauen in Politik und Gesellschaft

Vor 100 Jahren wurde das Frauenwahlrecht eingeführt. Doch nach wie vor ist der Frauenanteil auch im Rheinstettener Gemeinderat erschreckend niedrig. Weil Kommunalpolitik den Alltag entscheidend prägt, finden wir es sehr wichtig, wie Frauen die Dinge sehen. Dies muss auch in den Entscheidungen des Gemeinderates seinen Niederschlag finden. Mit einer durchgehend abwechselnd von Frauen und Männern besetzten Kommunalwahlliste haben wir GRÜNEN in Rheinstetten bereits ein deutliches Signal gesetzt. Wir möchten erreichen, dass sich im Gemeinderat künftig mehr Frauen in der Kommunalpolitik engagieren. Grüne Politik steht für gleiche Rechte und Chancen aller Geschlechter.

Obwohl die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Grundgesetz verankert ist, sind wir auch in der Gesellschaft von tatsächlicher Gleichstellung noch sehr weit entfernt. Kommunale Gleichstellungsbeauftragte wirken darauf hin, dieses Ziel zu erreichen. Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten wurde in Rheinstetten auf mehrere Bereiche aufgeteilt. Rheinstetten braucht wieder *eine* Gleichstellungsbeauftragte, die in alle Bereiche der Verwaltung hineinwirkt und in der Öffentlichkeit besser wahrgenommen wird. Wir sehen die Verwaltung in der Pflicht, Frauen und Männern selbstverständlich die gleichen Berufschancen zu bieten und bestehende Einstellungs- und Aufstiegshindernisse zu beseitigen.

Wir wollen eine geschlechtergerechte Gesellschaft, die ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben ermöglicht. Geschlechtergerechte Politik wird den Lebenslagen von Frauen, Männern sowie Trans- und Intersexuellen Rechnung tragen. Wir wollen die Bedingungen dafür schaffen, dass sich alle auf Augenhöhe beteiligen können - in der Gesellschaft, in der Gemeinde und am Arbeitsplatz.

Gleichzeitig soll es Männern ermöglicht werden, mehr Zeit mit ihrer Familie zu verbringen. Schüler*innen sollen ermutigt werden, "untypische" Berufe zu ergreifen, zum Beispiel Erzieher und Feuerwehrfrau, so dass Rollenbilder neu definiert werden. In ihrer Arbeitgeberfunktion ist die Stadt Rheinstetten hier besonders gefordert.

5.5 Vielfältiges kulturelles Leben ermöglichen

Kunst und Kultur tragen dazu bei, dass wir die Welt mit anderen Augen sehen, differenzierter zuhören und offen sind für Neues und Fremdes. Oft geben sie uns Impulse für Veränderung oder für eine Weiterentwicklung unseres Wertesystems. Sie geben Anstöße, dass wir uns mit aktuellen Entwicklungen in unserer Gesellschaft kritisch auseinandersetzen. In der globalisierten Welt, in der wir leben, können uns Kunst und Kultur im besten Sinne ein Gefühl von Heimat geben.

Mit dem Bau des Bürger- und Kulturhauses in der Neuen Stadtmitte ist die hervorragende Möglichkeit verbunden, dem kulturellen Leben in Rheinstetten mehr Präsenz und Sichtbarkeit zu geben. Die Stadtbibliothek soll zu einem Ort der Kommunikation, zu einem Treffpunkt der Stadtgesellschaft werden. Um dies erfolgreich umzusetzen, ist es wichtig, die Menschen in Rheinstetten nach ihren Wünschen für die neue Stadtbibliothek zu befragen. Dies fördert Akzeptanz und Nutzung der Angebote. Bei der Frage, was im neuen Veranstaltungssaal künftig stattfinden wird, geht es uns GRÜNEN darum, die vorhandenen städtischen Hallen und Säle sinnvoll zu ergänzen. Was in Rheinstetten fehlt, ist eine Bühne für Kleinkunst. Der Charme dieses Genres ist eine angenehme Atmosphäre mit großer Nähe zwischen Künstler*innen und Publikum. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dieses Format in Rheinstetten zu etablieren.

Wir unterstützen es, wenn sich Menschen im Kulturbereich bürgerschaftlich engagieren. Initiativen und Vereine wie KIR, haben hier bislang großartige Arbeit geleistet. Aktivitäten der Schultheater und zahlreicher Chöre und Musikvereine bereichern darüber hinaus das kulturelle Leben in Rheinstetten. Wir möchten, dass es neben der

Laienkultur auch künstlerisch anspruchsvolle Angebote von hoher Qualität gibt. Wir regen an, die interkommunale Kulturarbeit auszubauen. Wir unterstützen das bürgerschaftliche Engagement in der Kultur und setzen uns dafür ein, dass hierfür ausreichende Räume und Darstellungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Die Kultur der Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kamen und kommen, erweitert und bereichert das örtliche Kulturangebot. Interkulturelle Angebote leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund, sondern entwickeln Kultur in innovativer Weise weiter. Dazu gehört auch, die Arbeit von Künstler*innen mit Migrationshintergrund anzuerkennen, zu unterstützen und angemessen zu präsentieren. Und wir wollen, dass die Zugangsschwellen zu kulturellen Angeboten niedrig sind, auch in finanzieller Hinsicht.

5.6 Sport und Bewegung in der Kommune fördern

Sport bedeutet Bewegung, Fitness und Wettkampf. Sport bedeutet auch soziales Miteinander, Ehrenamt, Integration, Jugendarbeit, Gesundheit und Spaß. Sportvereine und nicht organisierter Sport übernehmen wichtige Aufgaben in der Gesellschaft, wofür sie eine verlässliche kommunale Förderung brauchen. Wir wollen eine Sportförderung, die gewährleistet, dass auch neue Vereine und unterschiedliche Sportarten unterstützt werden.

Damit eine zukunftsgerichtete Sportstätten-Planung gelingt, muss nachhaltig und umweltverträglich geplant werden. Wir achten darauf, dass alle Bevölkerungsgruppen mit ihrem Sportbedürfnis berücksichtigt werden, wenn kommunale Sportkonzeptionen erstellt werden.

Sport und Bewegung sollen auch spontan möglich sein. Daher wollen wir frei zugängliche Sport-, Spiel- und Bewegungsangebote für Jung und Alt. Wir begrüßen die von Bürger*innen eingebrachten Ideen, das Hallenbad mit überschaubaren Mitteln noch attraktiver zu gestalten.

5.7 Integration aktiv gestalten

Kommunen können viel dazu beitragen, dass ein Miteinander von einheimischer und eingewanderter Bevölkerung gelingt. Viele Migrant*innen sind längst selbstverständlicher Teil unseres gesellschaftlichen Lebens geworden. Nach wie vor gibt es aber auch Aspekte, die deutlich machen, dass es noch keine gleichberechtigte Zugehörigkeit gibt. In politischen Gremien beispielsweise sind Migrant*innen viel zu wenig vertreten. Wir wollen Migrant*innen einladen, sich in die kommunale Diskussion einzubringen, um wechselseitiges Lernen zu ermöglichen.

2015 und 2016 sind viele Menschen nach Deutschland geflüchtet, ihre Integration stellt eine besondere Herausforderung dar. In relativ kurzer Zeit mussten viele Lösungen entwickelt und umgesetzt werden: Hilfestellungen, die den Spracherwerb ermöglichen, außerdem Zugänge zum Bildungssystem, zum Arbeitsmarkt und zu Wohnmöglichkeiten.

Auf der kulturellen Ebene gehört zu Integration auch, kulturelle Muster und Verhaltensweisen kennenzulernen sowie Normen und Werte zu erfahren, die für das Leben in Deutschland bestimmend sind. Kooperationen der Verwaltung, insbesondere der Integrationsbeauftragten mit Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe, mit Betrieben, Vereinen, Bildungsträgern und Schulen sehen wir als wichtige Voraussetzungen, um gemeinsam nach Wegen zu suchen, wie Integration weiter vorankommt.

Bei der Flüchtlingsaufnahme setzen wir uns für gute humanitäre Standards sowie für dezentrale Unterkünfte zur Anschlussunterbringung in allen Ortsteilen ein. Dies erleichtert nachbarschaftliche Kontakte und ermöglicht so eine bessere Integration.

5.8 Entschlossen gegen Fremdenhass und menschenverachtende Hetze

Wir GRÜNEN wollen ein gesellschaftliches Klima, das von gegenseitiger Achtung geprägt ist. Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und Hetze gegen gesellschaftliche Gruppen und Andersdenkende lehnen wir entschieden ab und treten solchen Strömungen auch in Rheinstetten jederzeit entgegen.

Wir finden es wichtig, dass die deutsche Vergangenheit in einer lebendigen Erinnerungskultur präsent bleibt. Wir wollen, dass sich die Gesellschaft weiterhin mit den nationalsozialistischen Verbrechen ebenso auseinandersetzt, wie mit mutigem Widerstand. Wir setzen uns dafür ein, dass Gedenkort erhalten und gepflegt werden: Orte, an denen wir uns daran erinnern, dass dort Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer politischen und religiösen Überzeugung oder ihrer Behinderung drangsaliert und getötet wurden.

Wir unterstützen weiterhin Projekte wie die Internationalen Wochen gegen Rassismus, "Buntes Rheinstetten" und friedliche Demonstrationen gegen Rechtsextremismus sowie Projekte, die an Schulen entsprechende Aufklärungsarbeit leisten, wie zum Beispiel das Mahnmal zum Gedenken an die Rheinstettener Opfer der Euthanasie im Nationalsozialismus.

5.9 Akzeptanz und gleiche Rechte auf allen Ebenen

Mit dem Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ hat die Landesregierung ein Zeichen für die Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen in Baden-Württemberg gesetzt. Er hat zum Ziel Diskriminierungen abzubauen, die Öffentlichkeit für das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung zu sensibilisieren und Ausgrenzung und Benachteiligung entgegenzuwirken. Diese Forderung, die im Koalitionsvertrag der Grün-Schwarzen Landesregierung 2016 fortgeschrieben wurde, ist auch für uns GRÜNE in Rheinstetten Programm. Wir regen an, auch auf kommunaler Ebene einen Aktionsplan unter Beteiligung von Vereinen und lokalen Initiativen zu erstellen. Hierbei sollen vor allem Aufklärungsprojekte im Schul- und Jugendbereich im Fokus stehen. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle,

Transgender und Intersexuelle wollen und brauchen Ansprechpartner*innen vor Ort. Da die Beratungssituation derzeit höchst unbefriedigend ist, setzen wir GRÜNE uns für die Schaffung einer Beauftragten/eines Beauftragten für gleichgeschlechtliche und andere nichthetero-normative Lebensweisen ein.

5.10 Bekenntnis zu Europa und seinen Werten

Europa wirkt in allen Bereichen unseres täglichen Lebens, EU-Richtlinien werden zum großen Teil in den Kommunen umgesetzt. Wir erfahren es, wenn wir über die Grenze nach Frankreich fahren ohne Zollkontrollen, Währungstausch und mittlerweile sogar mit gebührenfreiem Roaming. Der Brexit zeigt uns, wie eng die Verflechtungen mittlerweile sind, die aus dem erfolgreichen Friedensprojekt entstanden sind. Wir setzen uns dafür ein, dieses Projekt mitzugestalten, weiterzuentwickeln und zu verbessern, denn die EU setzt sich für wichtige Themen wie Klimaschutz, Verbraucherschutz, Chancengleichheit und Nicht-Diskriminierung ein. Vor allem für junge Menschen ist die EU heute eine Selbstverständlichkeit. Es ist daher wichtig, die Errungenschaften auch auf kommunaler Ebene zu vermitteln. Gerade hier im direkten Grenzraum soll dies spürbar werden: Wir sind eine europäische und aufgeschlossene Kommune. Möglichkeiten der Vermittlung sind zum Beispiel Ausstellungsprojekte zu "Europa in Rheinstetten" im Pamina-Museum, Europa als Themenschwerpunkt im Amtsblatt oder die Vergabe von Fördermitteln für europäische Kulturprojekte.

5.11 Partnerkommunen in der einen Welt

Einander besser verstehen: Dazu können Städtepartnerschaften und Projektkooperationen beitragen, innerhalb und außerhalb Europas. Eine Partnerschaft mit Kommunen und Projekten in Schwellen- und Entwicklungsländern ermöglicht besondere Einblicke. Auf diesem Weg können wir direkt erfahren, wie sich Handel in einer globalisierten Welt auswirkt, und wir können auf kommunaler Ebene darauf reagieren. Damit die Partnerschaften gelingen, sind bürgerschaftlich engagierte Menschen und Gruppen wichtig – sie füllen eine solche Partnerschaft erst mit Leben. Rheinstetten hat dank engagierter Menschen und Vereine wertvolle Kontakte zu Palca/Peru, Saponé/Burkina Faso und Weißrussland geknüpft. Damit diese Partnerschaften erhalten bleiben, sollen sie von der Kommunalpolitik unterstützt werden.

6 FAMILIENFREUNDLICHES UND LEBENSWERTES RHEINSTETTEN - GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE VON ANFANG AN

Unsere Gesellschaft verändert sich – Frauen sind aus der Berufswelt nicht mehr wegzudenken, häufig hoch qualifiziert und unersetzlich. Immer mehr junge Mütter nehmen daher bereits nach einer kurzen Elternzeit ihren Job wieder auf, das ist nicht nur für die jeweiligen Arbeitgeber wichtig, sondern auch für die Vermeidung späterer Altersarmut durch unzureichende Rentenansprüche. Oft ist das Arbeiten nur in Teilzeit

möglich, da Betreuungsangebote für Kleinkinder, aber auch Grundschul Kinder bis in die Anfangsklassen der weiterführenden Schulen nicht selbstverständlich sind. Abgesehen davon leisten immer noch Frauen den weitaus größten Teil der Arbeit unbezahlt zu Hause. Das weitere bereits in Stufen beschlossene Drehen an der Kindergartengebühren-Schraube halten wir hier für äußerst kontraproduktiv. Eine Gebührenfreiheit der Kindergärten, wie wir sie uns seit langem wünschen, ist leider auf rein kommunaler Ebene nicht umzusetzen. Dennoch könnten die wachsenden Zuschüsse von Land und Bund zumindest dazu dienen, die Gebühren nicht im geplanten Ausmaß zu steigern oder sogar abzusenken. Finanzielle Spielräume wollen wir nutzen, um eine soziale Staffelung der Beiträge einzuführen.

6.1 Auf den Anfang kommt es an - Frühkindliche Entwicklung

Kinder sind neugierig und wollen die Welt entdecken. Wir GRÜNEN wollen, dass alle Kinder dieselben Chancen nutzen können, unabhängig von ihrem familiären und sozialen Hintergrund. Deswegen ist frühe Förderung so wichtig. Wir setzen uns ein für gute und bedarfsgerechte Betreuungs- und Bildungsangebote. Um Familien zu unterstützen, fordern wir unter anderem einen forcierten Ausbau von Familienzentren, bei denen zusätzliche Angebote wie Beratung von Eltern integriert sind. Wir brauchen dringend mehr Betreuungsplätze, vor allem im Ganztagesbereich. Wir GRÜNEN machen uns für eine hohe pädagogische Qualität in Krippen und Kindergärten sowie in der Kindertagespflege stark. Ein guter Personalschlüssel ist wichtig – ebenso wichtig finden wir, dass die im Orientierungsplan ausgearbeiteten pädagogischen Ansätze verbindlich umgesetzt werden. Dies ist nur mit zusätzlichen Investitionen in Führungspersonal und Anreizen für Erzieher*innen möglich. Das bedeutet unbefristete Verträge, eine ausreichende Anzahl an Springer*innen und Reserve für Krankheitsfälle.

Weil gute pädagogische Konzepte ebenso wie deren Umsetzung Zeit brauchen und weil es dabei um Qualität geht, wollen wir Leitungskräften speziell für diese Aufgaben Zeit geben und sie dafür in angemessener Weise freistellen. Auch bei Führungsaufgaben dürfen Teilzeit-Lösungen kein Tabu sein. Das Land bietet finanzielle Unterstützung für den Ausbau und Betrieb der frühkindlichen Betreuungseinrichtungen, diese Mittel wurden in den letzten Jahren deutlich aufgestockt. Für uns hat es Priorität, die Qualität in der Kinderbetreuung weiter zu stärken. Eine Trägervielfalt ist auch in diesem Bereich sicher hilfreich.

6.2 Kindern Raum geben

Kinder erobern sich ihre Welt Stück für Stück. Wir wollen sie dabei unterstützen, indem wir ihnen ausreichend Spielflächen anbieten, die für sie gut erreichbar sind und wo sie vielfältige Erfahrungen sammeln können. Dabei geht es uns nicht nur um die qualitativ hochwertigen Außenflächen von Kindertageseinrichtungen. Kinder haben auch ein Recht auf ihren Platz im öffentlichen Raum, auf Orte, an denen sie toben, klettern und spielen können. Sichere Radwege tragen dazu bei, Fahrräder von Anfang an als umweltfreundliches Verkehrsmittel positiv zu erfahren, sich eine große Reichweite in

unserer Gemeinde unabhängig vom „Elterntaxi“ zu sichern und eine gesunde Art der Fortbewegung zu nutzen.

Vielen Kindern fehlt jeglicher Zugang zur Natur. Ausreichende Flächen für Spiel- und Naturerfahrungen sind für uns ein wesentlicher Aspekt familiengerechter Stadtplanung. Wir wollen die bestehende Spielplatz-Landschaft erhalten und sukzessive attraktiv weiterentwickeln und - etwa durch einen Aktiv-Spielplatz - ausbauen.

6.3 Gestaltungsräume für Jugendliche

Jugendliche haben Anspruch auf ihren Platz im öffentlichen Raum. Jugendliche brauchen eigene Räume jenseits von Schule, Arbeitswelt und organisierter Jugendarbeit. Jugendtreffs oder auch Proberäume für junge Musikerinnen und Musiker sind wichtig. Dort lernen Jugendliche, ihre Aktivitäten auf eigenen Wegen und auf ihre Weise zu regeln. Sie lernen Demokratie in ihrem Alltag, wenn wir ihnen weitgehende Selbstverwaltung und Selbstorganisation ermöglichen. Wir wollen nicht, dass Jugendliche verdrängt werden, beispielsweise indem öffentlicher Raum kommerzialisiert wird. Wir GRÜNEN freuen uns, dass die "Jugendboxx" gut angenommen wird und unterstützen diese und andere Initiativen von Jugendlichen gerne.

6.4 Bedarfsgerechte und anspruchsvolle Ferienbetreuungsangebote

Die Schulferien sprengen jeden Urlaubsanspruch der Eltern. Wichtig ist für uns, dass in dieser Zeit ein flexibles und ansprechendes Betreuungsangebot zur Verfügung steht. Dazu soll, unabhängig von sonstiger Kernzeit oder Hortnutzung, Betreuung für einzelne Ferienwochen in Anspruch genommen werden können. Die Stadtranderholung in den Sommerferien erfreut sich großer Beliebtheit. Viele ehrenamtliche Jugendliche sind hier seit Jahren mit großem Engagement aktiv. Dies wollen wir ebenso wie das Sommerferienprogramm der Vereine unterstützen.

Betreuung von Kindern und Jugendlichen darf nicht bei einem Grundangebot stehen bleiben. Es ist wichtig, bereits früh neben dem sozialen Miteinander auch Kultur, Musik und Sportangebote zu fördern. Unsere vielfältigen Vereine leisten schon Großartiges und sollen auch weiterhin gefördert werden. Die Zusammenarbeit mit VHS und dem Kunstverein soll unterstützt werden.

6.5 Schulbildung, individuell und gut

Kinder und Jugendliche sollen ihre Potenziale voll entfalten und den für sie bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Wir machen uns deswegen stark für eine Schule der Zukunft, in der Kinder länger gemeinsam lernen und in der die individuelle Förderung jedes Kindes im Mittelpunkt steht. Auf kommunaler Ebene bedeutet das in erster Linie eine ausreichende Bereitstellung von Räumlichkeiten und Sachmitteln, aber auch ansprechende Außenanlagen, Mittagessen-Angebote und Mensen sowie die Co-Finanzierung von Fahrtkosten für Schüler*innen.

In der vergangenen Legislaturperiode wurden große Aufgaben in der Bildungslandschaft Rheinstettens angegangen und zum Teil auch umgesetzt. Nun heißt es, diese Schritte konsequent weiterzugehen und die Möglichkeit einer Ganztagschule auch in Mörsch anzubieten. Dieser Umbau sollte zügig umgesetzt werden. Die Umsetzung muss weiterhin beobachtet und evaluiert werden, bei Bedarf muss nachgesteuert werden, um eine Schullandschaft zu ermöglichen, die beste Bildungschancen ermöglicht aber auch einen Lebensraum für unsere Schüler*innen, die dort einen langen Teil ihres Tages verbringen. Personelle Ausstattung, qualifizierte und weitergebildete Mitarbeiter*innen, die angemessen entlohnt werden, tragen zu diesem Erfolg ebenso bei wie eine großzügige und moderne Ausstattung der Schulgebäude.

Der Ausbau von Ganztageschul-Angeboten ist uns wichtig, und zwar in jeder Schulart. Ganztageschulen bauen Bildungsnachteile ab und sorgen dafür, dass Eltern es leichter haben, Familie und Beruf zu vereinbaren. Besonders wertvoll sind rhythmisierte Angebote, die den Lernbedürfnissen der Kinder und Jugendlichen angepasst sind. Dabei bindet man musisch-kreative und sportliche Angebote in den Tagesablauf mit ein.

Untersuchungen zeigen, dass ein geregeltes Mittagessen, ob zuhause oder in einer Mensa, einen wichtigen Beitrag zum Bildungserfolg leistet. Hier sehen wir noch Nachholbedarf. So wird zum Beispiel die Mensa im Schulzentrum nur sehr spärlich genutzt, obwohl viele Schülerinnen und Schüler ihre Mittagspause an der Schule verbringen. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen ein warmes, frisch zubereitetes Mittagessen ermöglichen – so weit wie möglich aus regionalen und biologischen Produkten. Dazu gilt es, gemeinsam mit den Betroffenen immer wieder passende Lösungen zu suchen, um allen ein gesundes, ansprechendes, auf Mehrweggeschirr serviertes Mittagessen zu ermöglichen. Qualität hat ihren Preis, der bei Bedarf gefördert werden muss.

Die Anforderungen an Schulen sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen, auch weil sich Familien- und Arbeitsleben verändert haben. Wenn soziale oder familiäre Probleme aufkommen, wird immer häufiger erwartet, dass die Schule sich darum kümmert. Das können Schulen aber nur schaffen, wenn sie von Fachpersonal unterstützt werden. Die vom Land mitfinanzierte Schulsozialarbeit ist aus dem Schulalltag an allen Schularten nicht mehr wegzudenken. Sie hat sich bewährt als wichtige Form der Kooperation von Jugendhilfe und Schule.

Die "Kernzeitbetreuung" hat sich in Rheinstetten insbesondere in Randzeiten zu einem wichtigen Betreuungs-Modul entwickelt, in denen viele Kinder viel Zeit verbringen. Die jüngst auf 20 Kinder reduzierte Gruppenstärke ist einzuhalten, um kindgerechte Betreuung in geeigneten Räumlichkeiten zu ermöglichen. Die pädagogisch oft wenig vorgebildeten Betreuungskräfte machen meist sehr gute Arbeit. Wir GRÜNEN machen uns für begleitende Qualifizierungsmaßnahmen und eine pädagogische Umrahmung stark.

6.6 Gemeinsam leben, gemeinsam lernen

Die Inklusion, das gemeinsame Lernen und Leben von Kindern mit und ohne Behinderung, ist eine wertvolle Bereicherung für alle Kinder. Wir wollen Inklusion weiter voranbringen. Dafür benötigen Schulen mehr Unterstützung bei Personal und Ausstattung. Die Erfahrungen der letzten Jahre wollen wir nutzen, um erfolgreiche Modelle auszubauen und auf weitere Schulen zu übertragen. Den Wunsch von Eltern und Kindern nach inklusiver Beschulung vor Ort wollen wir umsetzen.

6.7 Bildung für nachhaltige Entwicklung

Kinder und Jugendliche sollen so früh wie möglich lernen, nachhaltige und verantwortungsbewusste Entscheidungen zu treffen und zum Schutz der Umwelt, für eine zukunftsorientierte Wirtschaft und eine gerechte Gesellschaft für die jetzigen und für spätere Generationen zu handeln. Die Kommunen haben viele Möglichkeiten, dies zu unterstützen, von der Einrichtung von Waldkindergärten bis hin zur Unterstützung von Projekten in Schule oder Jugendarbeit.

Das nicht nur bei Jugendlichen hochaktuelle Thema Klimaschutz kann und sollte vor Ort aufgegriffen werden um gemeinsam Konzepte für eine klimafreundliche Schule zu erarbeiten. Jugendliche, die sich in solche Projekte einbringen können, sammeln wichtige Erfahrungen und sind erwiesenermaßen auch später verantwortungsbewusster in unserer Gesellschaft unterwegs.

6.8 Bildung unabhängig vom Alter

Lebenslanges Lernen ist ein ganz selbstverständlicher Teil unserer Informationsgesellschaft. Denn Bildung endet nicht mit dem Erreichen eines Schulabschlusses. Wir setzen uns für gut ausgestattete Büchereien, Musikschulen und Volkshochschulen ein. Im neu geplanten Kulturhaus können diesbezüglich deutlich bessere Möglichkeiten genutzt werden. Wir werden darauf achten, dass hierfür die notwendigen Mittel auch eingeplant werden.

Diese lokalen Bildungseinrichtungen ermöglichen Einwohner*innen Fähigkeiten auch außerhalb von Schule und Ausbildung weiterzuentwickeln und bis ins hohe Alter wachzuhalten. Außerdem ist es möglich, Schulabschlüsse zu einem späteren Zeitpunkt nachzuholen oder als Erwachsener noch Lesen und Schreiben zu lernen. All das sind wichtige Bausteine unserer Gesellschaft, die allen Menschen Chancen auf Teilhabe bieten möchte.

7 ZUKUNFTSFÄHIG WIRTSCHAFTEN

Eine funktionierende Wirtschaft ist ein wichtiges Ziel Grüner Kommunalpolitik. Wir stehen für gemeindeübergreifende Wirtschaftsförderung, die regionale Potenziale ausschöpft. Gemeinwohlorientierte Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wie die

Wasserversorgung müssen weiter in kommunaler Hand bleiben. Die Gemeinde muss als Arbeitgeber Geschlechtergerechtigkeit und Integration vorleben.

7.1 Flächen schonen

Kommunale Wirtschaftspolitik hat viel mit Grundstücksflächen zu tun: Es werden Flächen gebraucht, damit bestehende Betriebe erweitern können, und weitere Flächen dafür, dass sich neue Betriebe ansiedeln. Wir GRÜNEN wollen, dass der Flächenverbrauch hierfür minimiert wird. Das wird möglich über eine kluge Flächenvorratspolitik, bei der auch innerstädtische Gewerbebrachen reaktiviert werden. Die Ausweisung immer neuer Gewerbeflächen in der Bauleitplanung lehnen wir ab. Bei der Besiedlung der bereits ausgewiesenen Flächen fordern wir die enge Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden und der Region.

7.2 Wirtschaftsförderung - welche Unternehmen wollen wir in Rheinstetten?

Kommunale Wirtschaftsförderung hat die Aufgabe, Startups, neue Talente und neue Potenziale für unternehmerisches Handeln zu fördern. Wir wollen, dass Frauen wie auch Menschen mit Migrationshintergrund als Unternehmer*innen stärker in den Fokus rücken.

Die Entscheidung über den Ansiedlungswunsch von Unternehmen darf nur noch anhand eines Kriterienkatalogs erfolgen, der zum Beispiel das Verhältnis zwischen Fläche und Arbeitsplätzen, Umweltbelastung, Qualität der Arbeitsplätze und die Vor- und Nachteile für Rheinstetten und die Region beleuchtet. Die zu erarbeitende Kriterien-Matrix sollte an die Stelle der bisherigen Praxis nicht öffentlicher intransparenter Entscheidungen im Gemeinderat treten.

Die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft bei schlechter Bezahlung unter Umgehung der sozialen Sicherungssysteme darf in Rheinstetten keinen Platz haben. Die Situation in der EDEKA Fleischfabrik werden wir weiter im Blick behalten. Dass in den vergangenen Jahren viele kleinere Geschäfte und Gaststätten geschlossen haben, sehen wir mit großer Sorge. Sie sind essentiell für eine gute Nahversorgung, ebenso wie die Wochenmärkte. Wir möchten erreichen, dass sie in unserer Gemeinde wieder erfolgreich wirtschaften können. Eine ganzheitliche Stadtplanung kann hier Weichen stellen. Die Ansiedlung zu großer Geschäfte in der Neuen Stadtmitte darf nicht dazu führen, dass die alten Ortskerne noch weiter ausbluten.

Effiziente Energiepolitik sehen wir als weiteres großes Thema für die Wirtschaftsförderung. Damit verbunden ist auch der massive Ausbau erneuerbarer Energien. Darin liegen große Potentiale für das lokale Handwerk und den Mittelstand. Für Unternehmen, die gesundheitsschädliche Emissionen ausstoßen, müssen in Luftreinhalteplänen Maßnahmen zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes verbindlich festgelegt werden.

Wir begrüßen die Ansiedlung der Hagsfelder Werkstätten in Rheinstetten und würden uns freuen, wenn weitere Betriebe, die Menschen mit Behinderung fair bezahlte Arbeit geben, nach Rheinstetten ziehen.

Am Epplesee, dem wichtigsten Rheinstettener Naherholungsgebiet, stoßen Interessen verschiedener Nutzergruppen aufeinander. Durch das hohe Verkehrsaufkommen von Auswärtigen wie einheimischen Gästen steigt in den Sommermonaten die Zahl der Falschparker auf den umliegenden Feldern und im Naturschutzgebiet. Erholung für die einen wird zur Belastung für anderen. Hier plädieren wir für weitere sporadische Runde Tische zum Austausch und für umweltschonende Maßnahmen mit Augenmaß, die See und Umfeld als frei zugängliches Naherholungsgebiet erhalten. Das Falschparken im Außenbereich ist einzudämmen. Einer zukünftigen Erweiterung des Kiesabbaugebietes stehen wir äußerst kritisch gegenüber und werden uns für den Schutz der umliegenden Naturräume einsetzen.

7.3 Bezahlbar und flächenschonend wohnen

Rheinstetten bietet attraktives Wohnen, naturnahe Erholung und durch die Nähe zu Karlsruhe zugleich gute Arbeitsmöglichkeiten. Dies zieht viele Wohnungssuchende auch aus der Umgebung an. Infolgedessen sind bezahlbare Grundstücke, Wohnungen und Häuser zur Miete oder zum Kauf auf dem freien Markt kaum noch zu finden. Ein ständiges Ausweisen neuer Baugebiete wird dieses Problem aber nicht lösen.

"Bezahlbare" Wohnungen sind sofort vergriffen, Grundstücke für Häuser verbrauchen Naturgelände oder landwirtschaftlich genutzte Flächen. Brauchen wir wirklich - wie in der aktuellen Planung der Verwaltung vorgesehen - 2000 neue Wohneinheiten in den nächsten zehn Jahren? Sind wir bereit, dafür viele Hektar Grünland und Ackerfläche zu opfern?

Wir GRÜNEN meinen, dass es wichtiger ist, gut geplant und nachhaltig vorzugehen und das braucht Zeit. Nachhaltiges und ökologisches Bauen sind angesagt, mit Blick auf Grünzonen in der Stadt, intelligente und dezentrale Energieversorgung, Wohneinheiten, die auch ein Älterwerden in vertrauter Umgebung zulassen, kurz: Klasse statt Masse. Auch unsere Kinder und Enkel werden noch Flächenreserven brauchen. Menschen mit geringeren finanziellen Mitteln benötigen geförderten Wohnraum. In den letzten Jahren wurde in diesem Bereich vor allem abgebaut – mit allen Konsequenzen für den Wohnungsmarkt. Wir möchten diesen Trend umdrehen und dafür sämtliche Fördermöglichkeiten vom Land nutzen.

Rheinstetten soll nicht unbegrenzt ins Grüne wachsen. Unser Ziel ist es, dass die Stadtentwicklung innerhalb bestehender Siedlungsgrenzen stattfindet. Dabei sollen Baulücken und Gewerbebrachen genutzt und Flächenverbrauch durch flächensparendes Bauen minimiert werden. Damit die Innenentwicklung gelingt, müssen beim Planen ökologische, stadtklimatische und auch soziale Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Wir wollen Bauleitplanung und kommunale Flächenpolitik so gestalten, dass daraus eine ökologische und zugleich baulich qualitätsvolle Siedlungsentwicklung entsteht. Dabei spielt auch vertikale Stadtplanung eine Rolle, also in die Höhe zu bauen:

Potentiale zur Überbauung von Parkflächen, zur Aufstockung von Supermärkten und gewerblichen Bauten müssen in Überlegungen zur Innenentwicklung einbezogen werden.

Auch Innenentwicklung hat ihre Grenzen. Rheinstetten soll grün bleiben. Wir wollen innerstädtische Bäume so weit wie möglich erhalten, weil sie wichtig für Ortsbild und Stadtklima sind. Grünbereiche sind für uns unverzichtbar. Werden Flächen neu bebaut, soll das Prinzip der "doppelten Innenentwicklung" gelten: zum Ausgleich für neu versiegelte Flächen werden vorhandene Grünanlagen oder Innenhöfe aufgewertet oder neu angelegt. Wir wollen Dächer und Fassaden begrünen und Flächen entsiegeln, wo die Nutzung dies zulässt. Naturnah gestaltete Grünflächen bieten Lebensraum für Tiere und Pflanzen und fördern ein ausgeglichenes Stadtklima.

In Rheinstetten stehen viele Grundstücke, Häuser und Wohnungen leer. Wir wollen diesen Wohnraum für den angespannten Rheinstettener Wohnungsmarkt wieder verfügbar machen. Hierfür ist zunächst eine Leerstandserfassung erforderlich. Im zweiten Schritt wollen wir Eigentümer*innen dazu bewegen, ihre Grundstücke und Häuser für Wohnungssuchende zur Verfügung zu stellen.

7.4 Interkommunale Zusammenarbeit stärken

Uns sind eine regional abgestimmte Wirtschaftspolitik wichtig, ebenso wie interkommunale Projekte. Regionen sollen als gemeinsamer Raum wahrgenommen und geplant werden. Wir wollen, dass kommunale Wirtschaftsförderung sich von lokalem Vorrangdenken löst – wir bevorzugen eine gemeindeübergreifende Ausrichtung. Denn die Vernetzung von Städten und Gemeinden einer Region kann viele Vorteile bringen: Netzwerke zwischen Unternehmen und Verwaltungen bauen sich auf, Betriebe kooperieren, regionale Wirtschaftskreisläufe werden gefördert.

7.5 Landwirtschaft

Rheinstetten soll auf die Bewirtschaftung seiner Flächen stärker Einfluss nehmen, beispielsweise darüber, wie landwirtschaftliche Pachtverträge für kommunale Flächen aufgesetzt werden und deren Bewirtschaftung geregelt wird. Wir setzen uns weiter für eine Landwirtschaft ohne Gentechnik und chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel ein. Um regionale Wertschöpfungsketten zu stärken, müssen wir die Landwirtschaft unbedingt einbeziehen. Das gilt zum Beispiel für das Vermarkten regionaler Produkte oder für Öffentlichkeitsarbeit.

Rheinstetten leistet mit seinen eigenen Flächen auch einen Beitrag, um das europäische Naturerbe Natura 2000 zu bewahren. Wälder und Gewässer müssen naturgemäß und nach Kriterien der Nachhaltigkeit bewirtschaftet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunalwälder nach den Vorgaben des FSC-Siegels bewirtschaftet werden. Jüngste Bestrebungen, die Waldbewirtschaftung schnellstmöglich stärker wirtschaftlich auszurichten, sind langfristig betrachtet nicht zielführend.

7.6 Für eine digitale Zukunft

Die Geschwindigkeit der digitalen Veränderungsprozesse ist atemberaubend. Das stellt nicht nur jede und jeden Einzelnen vor große Herausforderungen, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes. Wir gehen diesen Weg mit. Auf kommunaler Ebene müssen wir die Chancen, die die Digitalisierung bietet, zielstrebig umsetzen – ohne die damit verbundenen Gefahren auszublenden. Ein konkretes Ziel ist, den Service für die Bevölkerung und für die Wirtschaft zu verbessern, indem Verwaltungsabläufe weiter digitalisiert werden. Die Wirtschaft braucht flächendeckend Breitbandzugänge nach dem aktuellen Stand der Technik (Glasfaser). Damit das Netz auch in Rheinstetten bedarfsgerecht und effizient ausgebaut werden kann, ist die Kooperation mehrerer Kommunen, wie sie in der Breitbandkabel Landkreis Karlsruhe GmbH realisiert wurde, notwendig. Das angestrebte Ziel, ein durchgängiges Backbone-Netz im Landkreis Karlsruhe zur Verfügung zu stellen, muss nun zügig realisiert werden.

7.7 Die Stadt Rheinstetten – ein ökologisches Unternehmen

Jede Gemeinde oder Stadt kauft Materialien und Produkte für Büros, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Altenheime, Jugendhäuser und viele andere Einrichtungen. Somit sind Kommunen selbst ein beträchtlicher Wirtschaftsfaktor. Wir fordern, dass Rheinstetten bei seinen Einkäufen mit gutem Beispiel vorangeht und umweltverträgliche Produkte und Waren aus der Region bevorzugt. Die Ausschreibungs- und Vergaberichtlinien sollen entsprechend festgeschrieben werden. In den städtischen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen sollten Lebensmittel grundsätzlich aus Bio-Landwirtschaft angeboten werden. Verzichten soll Rheinstetten auf Produkte, die den sozialen Standards nicht entsprechen, beispielsweise weil sie in Kinderarbeit hergestellt werden. Wir begrüßen es, wenn sich Kommunen als Fairtrade-Town zertifizieren lassen. Wichtige Impulse dazu kommen dankenswerterweise immer wieder aus dem Arbeitskreis Eine Welt der Lokalen Agenda.

Kommunen tragen Verantwortung für den Klimaschutz. Dazu gehört für uns GRÜNE auch, den Fuhrpark und die Energieversorgung emissionsarm, nachhaltig und ökologisch zu organisieren. Wir setzen hier auf mehr erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung statt auf Fernwärme aus Karlsruher Mineralöl- und Kohlekraftwerken. Das öffentliche Vergaberecht für Bau- und Dienstleistungen bietet gute Möglichkeiten, Aufträge so auszuschreiben, dass dabei ökologische und soziale Kriterien beachtet werden. Wir wollen dafür sorgen, dass dieser Hebel zukünftig stärker genutzt wird. Mit ökologischer Kreislaufwirtschaft wollen wir wertvolle Rohstoffe schonen sowie die Müllvermeidung und Wiederverwertung weiter voranbringen. Das heißt konkret auch: Weniger Plastik, weniger Verpackungen, Mehrweg- statt Einweg-Nutzung.

7.8 Die kommunale Daseinsvorsorge sichern

Für eine hohe Lebensqualität ist auch die kommunale Daseinsvorsorge wichtig: sauberes Trinkwasser, moderne und effektive Bildungsangebote, eine ambulante und eine stationäre Krankenversorgung, ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz

sowie der Ausbau digitaler Angebote. Hinzu kommen Lebensmittelüberwachung, Abfallwirtschaft, Abwasserentsorgung und Feuerwehr. Wir wollen, dass die Kernaufgaben der Daseinsvorsorge in kommunaler Hand sind und bleiben. Dass wir diese Aufgabenfelder demokratisch kontrollieren können, ist ein hohes Gut und wichtig für die Qualität. Das Wasserwerk in Forchheim ist Garant für die hohe Qualität des Rheinstettener Trinkwassers. Es muss daher alles dafür getan werden, das Wasserwerk zu erhalten. Planungen, dieses mittelfristig aufzugeben und das Gebiet mit mehreren hundert Wohneinheiten zu bebauen, lehnen wir entschieden ab. Wir unterstützen weiterhin die Idee eines Bürgerparks auf diesem Areal.

7.9 Gemeinwohl als Wirtschaftsfaktor begreifen

Kommunale Bilanzen oder Erfolge sollen in Zukunft mit mehreren Maßstäben bewertet werden. Nicht nur in finanzieller Hinsicht: Neben der klassischen Finanzbilanz müssen auch Werte einbezogen und verglichen werden, die gesellschaftlichen Nutzen bilanzieren. Dazu gehören zum Beispiel ökologische Nachhaltigkeit und Lebensqualität, Teilhabe aller, Mitbestimmung und Geschlechterdemokratie. Eine solche Bilanz des Gemeinwohls ist ein konkretes, umsetzbares Instrument für Unternehmen, Organisationen und Kommunen aller Größen und Rechtsformen. Gemeinwohlökonomie ist ein Schritt auf dem Weg hin zu einer Wirtschaftsweise, die in erster Linie den Menschen in den Mittelpunkt stellt und ihm dient. Kommunale Unternehmen sollen hierbei Vorreiter und Impulsgeber sein.

7.10 Kommunen als verantwortungsvolle Arbeitgeber

Von Kommunen wird zu Recht erwartet, dass sie sich auch als Arbeitgeber gemeinwohlorientiert verhalten und gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen bieten. Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung und die städtischen Betriebe ihr Angebot flexibler Arbeitszeiten und Möglichkeiten zum mobilen Arbeiten weiter ausbauen. Ziel ist, dass sich Beruf und Privatleben besser vereinbaren lassen. Dass Frauen und Männer generell gleiche Berufschancen und Karrieremöglichkeiten haben, gehört grundsätzlich zu unserem Grünen Wertekanon. Führungspositionen in der Verwaltung sollen häufiger von Frauen übernommen werden – wir fordern weitere gezielte, wirksame Schritte in diese Richtung. Die Verwaltung soll zudem Menschen mit Migrationshintergrund einstellen und gezielt weiterbilden. So können wir die interkulturelle Ausrichtung und den Inklusionsgedanken stärken. Wir fordern, dass Rheinstetten als guter Arbeitgeber das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz unbedingt einhält – dann muss niemand beispielsweise auf Grund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität mit Diskriminierung rechnen. Gute Arbeitsbedingungen und Weiterbildungsmöglichkeiten machen Rheinstetten auf dem immer enger werdenden Markt der Fachkräfte attraktiv. Führung und Teilzeit schließen sich nicht aus.

Einfache Tätigkeiten an Subunternehmen auszulagern, um Kosten zu sparen, widerspricht diesem Prinzip, denn dieses Vorgehen ist oft unsozial und trägt zu sozialer Spaltung bei. Daher stehen wir zu sozialen Vergaberichtlinien auch bei öffentlichen Aufträgen.

7.11 Kommunale Finanzen – zukunftsfest wirtschaften

Kommunen brauchen für die wichtigen Aufgaben, die sie erfüllen, auch die finanziellen Mittel. Immer wieder müssen die öffentlichen Aufgaben und die dafür zur Verfügung stehenden Finanzen neu austariert werden zwischen Bund, Land und Kommunen. Kinderbetreuung, Ganztageschulen, Teilhabe von Menschen mit Behinderung, sozialer Wohnungsbau oder auch ein guter öffentlicher Personennahverkehr sind Beispiele für Zukunftsaufgaben, die die Kommunen finanzieren müssen. Aber alleine können sie das nicht stemmen.

Ab dem Jahr 2020 gilt die Schuldenbremse. Es wird für die Kommunen deshalb noch wichtiger, Prioritäten zu setzen. Wir werden darauf achten, dass keine Belastungen in die Zukunft verschoben werden. Gebäude und Straßen müssen deshalb laufend instandgehalten werden. Schuldenabbau ist ein wichtiger Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Dazu gehört es auch, die implizite Verschuldung abzubauen, also versäumte Sanierungen und Instandhaltungen, wie zum Beispiel bei der Ufgauhalle, nachzuholen. Rheinstetten kann vergleichsweise solide Finanzdaten vorweisen. Vor diesem Hintergrund fordern wir entsprechende Vorsicht bei neuen Projekten.

Rheinstetten muss nachhaltig wirtschaften. Bei Überplanung neuer Flächen und Bauprojekten beispielsweise müssen die Folgekosten konsequent berücksichtigt werden, auch, um Energieeinsparungen ökonomisch darzustellen. Und weil sich die Bevölkerungsstruktur verändert, ist es wichtig, Gebäude so zu konzipieren, dass sie nicht nur dem heutigen Zweck dienen, sondern auch umgewidmet und gemeinschaftlich genutzt werden können. Wenn Rheinstetten und seine Betriebe Kapital anlegen, sind neben der Anlagesicherheit auch ethische Kriterien zu beachten, die Umweltstandards und soziale Standards als Anlagebedingung festlegen.